

Herrn Staatsminister

Georg Eisenreich, MdL

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

80097 München

20. August 2026

Betreff: Politische Verantwortung für das Funktionieren der Justiz – offener Brief vom 7. August 2026

Sehr geehrter Herr Staatsminister Eisenreich,

am 7. August 2026 habe ich mich mit einem offenen Brief an den Präsidenten des Oberlandesgerichts München gewandt. Diesen Brief füge ich Ihnen als Anlage bei.

Ich tue dies nicht, um bereits Vorgetragenes lediglich zu wiederholen. Vielmehr geht es mir um eine weitergehende Frage: Wer trägt Verantwortung, wenn Bürger auf konkrete Probleme innerhalb der Justiz hinweisen und diese Probleme trotz wiederholter Hinweise nicht oder nur unzureichend geklärt werden?

Die fachliche und rechtliche Verantwortung für einzelne Verfahren liegt selbstverständlich bei den jeweils zuständigen Gerichten und Stellen. Die politische Verantwortung für die Funktionsfähigkeit, Organisation und das Vertrauen in die bayerische Justiz liegt jedoch auf einer anderen Ebene.

Sie sind als Bayerischer Staatsminister der Justiz politisch verantwortlich für diesen Geschäftsbereich.

Politische Verantwortung darf sich aus meiner Sicht nicht darin erschöpfen, auf bestehende Zuständigkeiten zu verweisen. Sie muss sich auch darin zeigen, ob erkennbare strukturelle oder organisatorische Probleme wahrgenommen, überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

Genau darum geht es mir.

Mein beigelegter offener Brief beschreibt konkrete Vorgänge und Erfahrungen. Ich bitte Sie deshalb nicht um eine allgemeine Stellungnahme, sondern darum, sich mit der darin aufgeworfenen Problematik persönlich auseinanderzusetzen.

Mich interessiert insbesondere:

Welche Verantwortung übernimmt die politische Leitung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, wenn nachvollziehbar dokumentierte Hinweise auf Probleme innerhalb des Justizsystems vorgetragen werden?

Und welche konkreten Schritte werden unternommen, um sicherzustellen, dass solche Hinweise nicht lediglich innerhalb bestehender Verwaltungswege weitergereicht werden, sondern tatsächlich zu einer Überprüfung führen?

Vertrauen in die Justiz entsteht nicht allein durch Gesetze und Zuständigkeiten. Es entsteht auch dadurch, wie Institutionen mit Kritik umgehen und ob Verantwortliche bereit sind, Verantwortung tatsächlich wahrzunehmen.

Ich bitte Sie daher um eine persönliche und schriftliche Stellungnahme.

Mir geht es ausdrücklich nicht darum, weitere Personen in Schwierigkeiten zu bringen. Es geht mir um die notwendige Transparenz und um Verantwortung im Allgemeinen.

Sollte sich im Rahmen einer sachlichen Prüfung herausstellen, dass personelle Konsequenzen erforderlich sind, gehe ich davon aus, dass Ihr Ministerium die notwendigen Maßnahmen eigenständig und angemessen ergreifen wird.

Mit freundlichen Grüßen

[Name für die Veröffentlichung anonymisiert]

Anlage:

Offener Brief an den Präsidenten des Oberlandesgerichts München vom 7. August 2026